



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Direkte Demokratie in Salzburg.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

mehr demokratie! salzburg
ist eine parteiunabhängige Plattform
von Bürgerinitiativen, NGO's und
engagierten SalzburgerInnen



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

**“Es ist unmöglich, sich um
Salzburg nicht zu sorgen...”**

Hans Sedlmayr

Die demolierte Schönheit

Ein Aufruf zur Rettung der Altstadt Salzburgs

Das war 1965



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Salzburg, die Stadt der engagierten Bürgerinnen und Bürger

Seit Mitte der 1970er Jahre engagieren sich die Salzburgerinnen und Salzburger in zahllosen Bürgerinitiativen für ihre Stadt.

Gäbe es sie nicht, Salzburg wäre kein Weltkultur-Erbe, Salzburg wäre längst zu einer Allerwelts-Stadt verkommen, wie man sie überall in Europa findet!



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Wenn sich die repräsentative Politik durchgesetzt hätte...

...wäre die Salzburger Altstadt demoliert und ausgehöhlt!

Beispiel Sparkassenhaus/Alter Markt!
Beispiel Platzl-Haus Nr.5!

...gäbe es keine "Humboldtschen" Stadtlandschaften mehr!

Freisaal und die Hellbrunner Stadtlandschaften - verbaut!
Samer Mösl / Söllheimer Bach - verbaut!
Grünland-Deklaration – abgeschafft!

...wäre Salzburg eine "autogerechte" Stadt!

Die Südtangente durch Landschaftsschutzgebiete!
Festungs- und Rainbergtunnel!
Autobahn-Abkürzung Kapuzinerberg-Tunnel!
Keine Fußgängerzonen, kein Radwege-Netz!



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

**Sind Salzburgs Bürgerinnen und Bürger
destruktive Verhinderer?**

**Ist BürgerInnen-Mitbestimmung
gefährlich?**

**Fürchtet sich die Politik vor Ihren
WählerInnen?**



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Der lange Weg:

Bereits in der Sondersitzung des Gemeinderates vom 21.11.2007 hat die „*Aktion Grünland Salzburg*“ Herrn Bürgermeister Dr. Schaden und den Gemeinderatsklubs einen ersten Entwurf für zeitgemäße BürgerInnen-Mitbestimmung in der Stadt Salzburg überreicht...



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Neue Fakten:

**Im Parteien-Übereinkommen für die
Funktionsperiode des GR von 2009-2014 wurde
vereinbart:**

“Die sinkende Wahlbeteiligung soll zum Anlass
genommen werden, das Interesse der Bürger an der
Politik wieder zu stärken“



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Wir nehmen die Politik beim Wort!

Unser Ziel:

Die zunehmende Wahlverweigerung (die allzu oft und fälschlicherweise als Wahlmüdigkeit interpretiert wird) zu stoppen.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Das Salzburger Modell für mehr direkte Demokratie

Zentrales Anliegen des Modells ist es, dass VertreterInnen von Initiativen, Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt und auf Augenhöhe mit den politischen RepräsentantInnen verhandeln können, um einen Konsens zu finden. Und dass sie auch “von unten”, unter realistischen Bedingungen, einen für die repräsentative Politik bindenden Volksentscheid herbeiführen können.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

So sollen die SalzburgerInnen mitbestimmen:

- **Der Initiativantrag**
- **Das Bürgerbegehren**
- **Der Volksentscheid**
(für die Gemeindepolitik verbindliche
BürgerInnen-Abstimmung)

Der Initiativantrag, das Bürgerbegehren und der Volksentscheid sind nicht zwingend aufeinander folgend, sondern können jeweils separat angestrebt werden. ExpertInnen der Stadt stehen kostenlos beratend zur Seite. Ein Antrag muss von mindestens 50 wahlberechtigten Personen unterstützt und eingereicht werden.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

NEIN zu sagen oder nur zu FORDERN, ist künftig zu wenig:

Bei allen drei Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein Anliegen formulieren und dann die entsprechende Zahl an Unterstützungserklärungen sammeln. Sie müssen auch einen realistischen Lösungsvorschlag ausarbeiten und mit ihrem Anliegen einreichen.

Für Initiativen ist Akteneinsicht im Rahmen der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen möglich.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Die flexible Messgröße: das Mandat

Ein "Mandat" ist die Zahl der benötigten Unterstützungserklärungen.

Das heißt: alle gültigen Stimmen der letzten Gemeinderatswahl, geteilt durch die Zahl der Gemeinderats-Sitze.

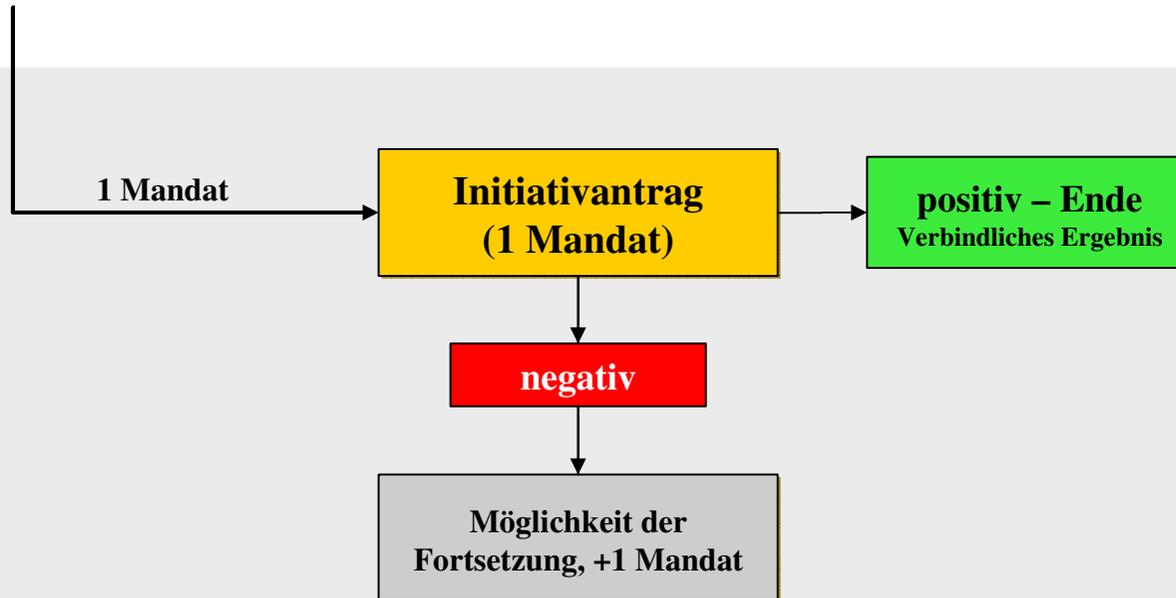
Abgegebene Stimmen : 40

Hohe Wahlbeteiligung = direkte Demokratie wird „teurer“, niedrige Wahlbeteiligung = Mitbestimmung ist leichter möglich.

Status 2012/13 ca. 1.500 Stimmen = 1 Mandat



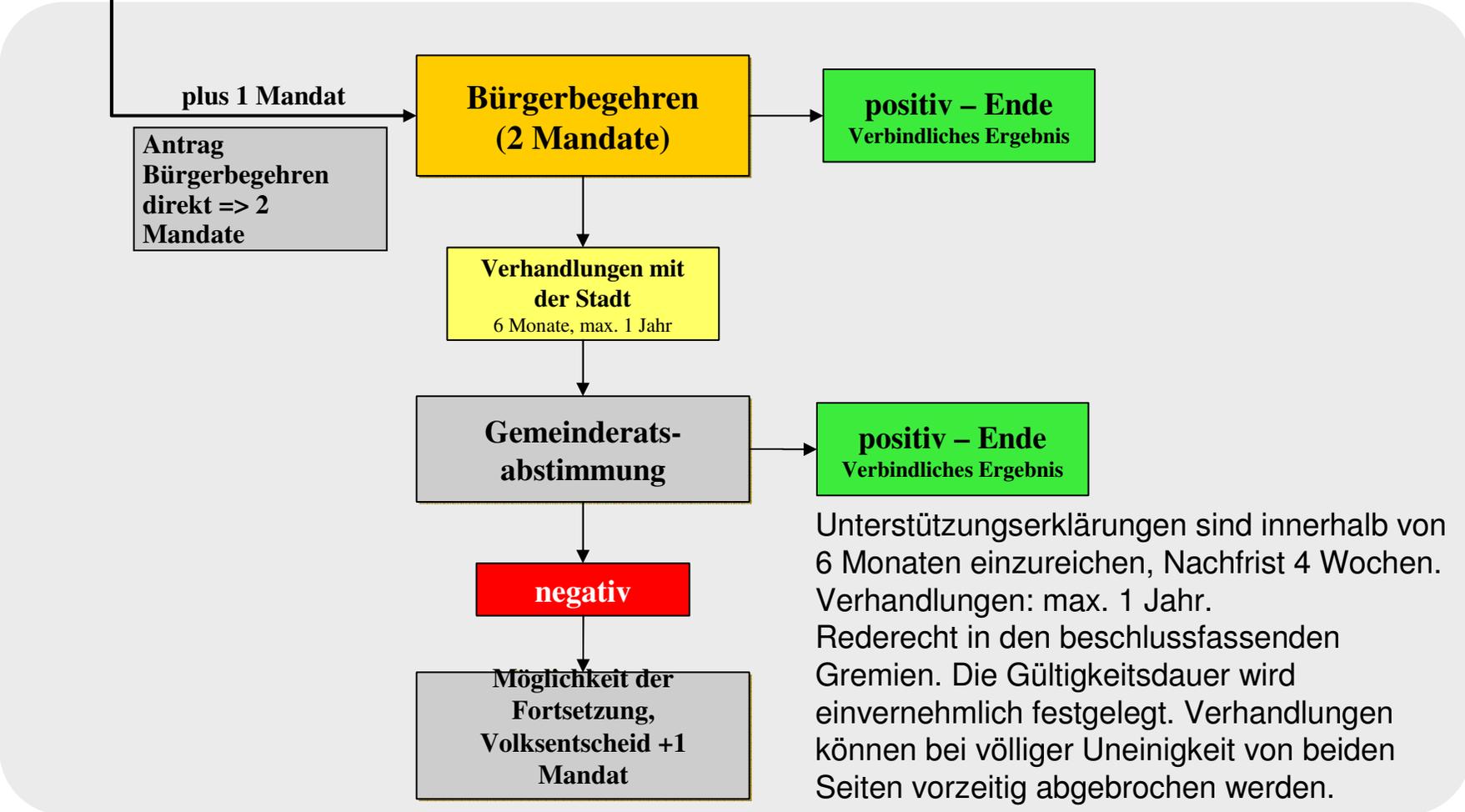
die parteiunabhängige initiative für eine stärkung direkter demokratie



Unterstützungserklärungen sind innerhalb von 3 Monaten einzureichen, Nachfrist 4 Wochen. Verhandlungen: max. 3 Monate. Rederecht in den beschlussfassenden Gremien. Die Gültigkeitsdauer wird einvernehmlich festgelegt.



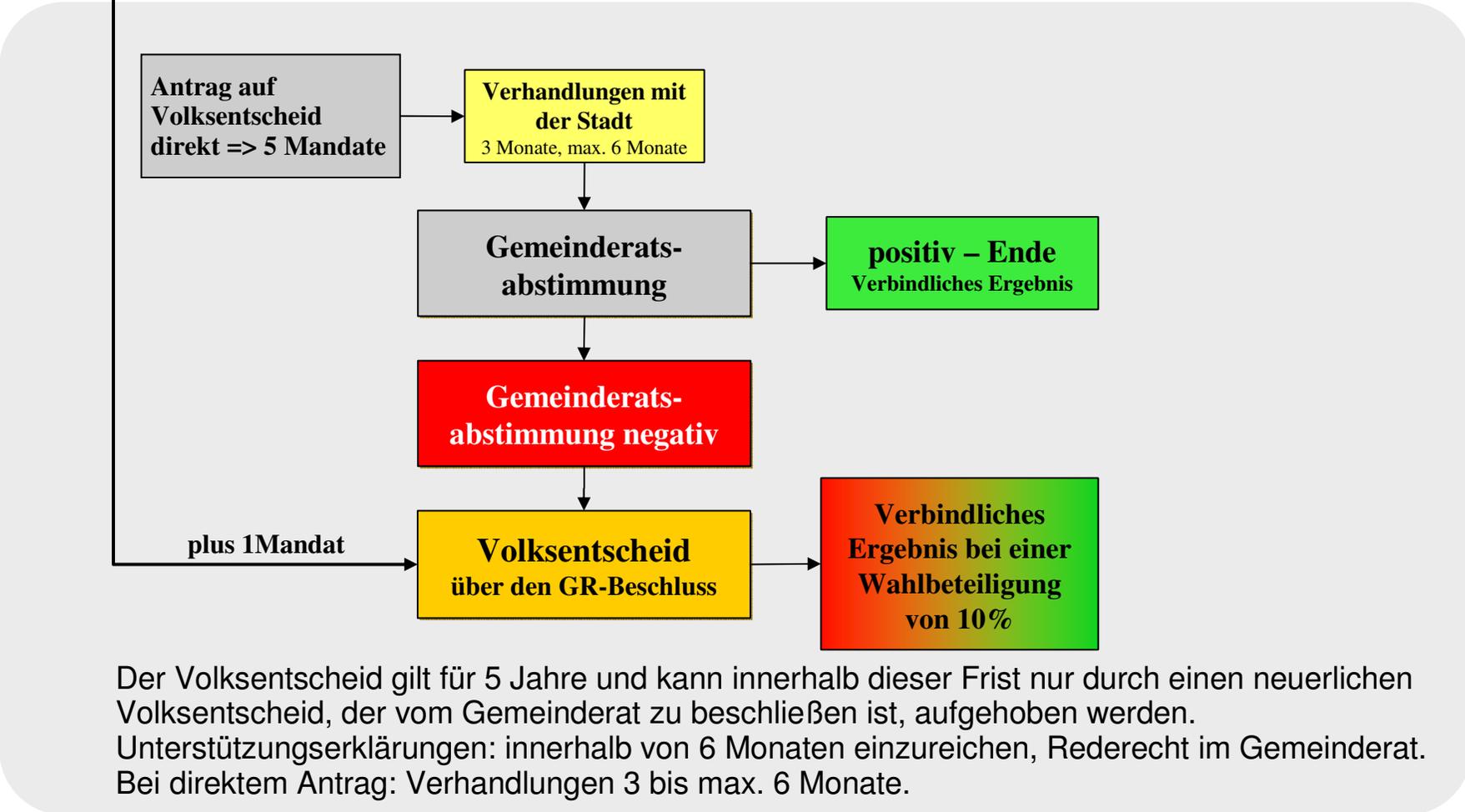
die parteiunabhängige initiative für eine stärkung direkter demokratie



Unterstützungserklärungen sind innerhalb von 6 Monaten einzureichen, Nachfrist 4 Wochen. Verhandlungen: max. 1 Jahr. Rederecht in den beschlussfassenden Gremien. Die Gültigkeitsdauer wird einvernehmlich festgelegt. Verhandlungen können bei völliger Uneinigkeit von beiden Seiten vorzeitig abgebrochen werden.



die parteiunabhängige initiative für eine stärkung direkter demokratie



Der Volksentscheid gilt für 5 Jahre und kann innerhalb dieser Frist nur durch einen neuerlichen Volksentscheid, der vom Gemeinderat zu beschließen ist, aufgehoben werden.
Unterstützungserklärungen: innerhalb von 6 Monaten einzureichen, Rederecht im Gemeinderat.
Bei direktem Antrag: Verhandlungen 3 bis max. 6 Monate.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Der „Beharrungsbeschluss“ beim Volksentscheid:

Ist durch den Gemeinderat mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit möglich, wenn der Volksentscheid eine Angelegenheit betrifft, deren Finanzierung mehr als 50% des durchschnittlichen außerordentlichen Haushaltes erfordert bzw. bei einer Wahlbeteiligung bis zu 25% auch in anderen Angelegenheiten (aber ebenfalls nur mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit und einem $\frac{3}{4}$ Anweseneheitsquorum).



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Kommunikation und Finanzierung:

Bürgerversammlung obligat (einvernehmlich, Organisation und Finanzierung durch die Stadt)

Plakatierregelung etc. wie für die Parteien.

Initiativantrag: Zuschuss bis zu € 2.000,-

Bürgerbegehren: Zuschuss bis zu € 10.000,-

Volksentscheid: Zuschuss bis max. € 30.000,-

Insgesamt sind € 30.000,- der kumulierte Höchstbetrag für alle drei Stufen. Rechnungsprüfung durch das Kontrollamt der Stadt.

Beim Volksentscheid: 14 Tage vor Abstimmung „Bericht des Bürgermeisters“, einvernehmlich mit beiden Standpunkten (50:50) an alle Haushalte.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Direkte Demokratie ist auch in Salzburg verfassungskonform:

In unserer Bundesverfassung ist festgelegt (Art. 117 Abs. 8 B-VG):

„In Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde kann der Landesgesetzgeber die unmittelbare Teilnahme und Mitwirkung der zum Gemeinderat Wahlberechtigten vorsehen.“

Verfassungsexperten haben das Modell geprüft und in vorliegender Form als verfassungskonform beurteilt (z.B. Dr. Klaus Poier, Graz)

Das Land muss das Modell mit 2/3 Mehrheit beschließen (Änderung der Stadtverfassung).

Es liegt außer von der Landes-ÖVP von allen Landtagsparteien die schriftliche Erklärung vor, dass sie dem Antrag der Stadt auf Stadtrechtsänderung zustimmen werden...



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Status und Positionen:

In einer Sondersitzung des Salzburger Gemeinderates wurde am 17. April 2013 das Salzburger Modell für mehr direkte Demokratie mit den Stimmen von SPÖ, Bürgerliste, FPÖ und Liste Tazl beschlossen. Die ÖVP stimmte gegen die BürgerInnen-Mitbestimmung!

Wir gehen davon aus, dass das Salzburger Modell auch auf Landesebene mit der notwendigen 2/3-Mehrheit beschlossen wird.

Die Plattform ***mehr demokratie! salzburg*** hat viele Zugeständnisse gemacht, nicht zuletzt aufgrund der geltenden Bundesverfassung. Trotzdem ist dieses Modell einzigartig in Österreich und unseres Erachtens wegweisend. Ein erster Schritt zu echter BürgerInnen-Mitbestimmung!



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

**Das ausführliche Modell, das
Flussdiagramm, Medienberichte und den
Amtsbericht finden Sie zum Download auf:**

www.mehr-demokratie.at

Die Übertragung der Sondersitzung:

<http://www.youtube.com/watch?v=p09ehv2hxZs>



die parteiunabhängige initiative für eine stärkung direkter demokratie

Nachtrag zum Nachdenken:

„Meine wichtigste politische Forderung: Erfindet neue Institutionen, die es den Bürgern endlich möglich machen, mitzudenken, mitzureden, mitzugestalten. Schafft auf allen Ebenen in den Gemeinden, in den Ländern, in der Republik, Gelegenheiten zu ständiger direkter Beteiligung des Volkes: Tausend Foren und Werkstätten, in denen Kritik geübt und Vorschläge gemacht werden können. Die Parteien - alle miteinander - sind dafür viel zu eng geworden. Sie kassieren Stimmen, aber hören nicht auf sie. Ihre Repräsentanten haben bis auf Ausnahmen den wirklichen Kontakt zu den Wählern verloren. Den Lobbys und Experten leihen sie ihr Ohr. Den Mann und die Frau "von der Straße" nehmen sie nicht ernst, weil denen, wie sie meinen Wissen und Durchblick fehlen.

Und in der Tat: Die Betroffenen werden zwar mit Lawinen zweit- und dritrangiger Informationen überschüttet, aber die wirklich wichtigen Vorhaben der Entscheider erfahren sie meist erst, wenn es schon zu spät ist, noch etwas daran zu ändern.“

Robert Jungk: Wählen - aber wie? Schriftsteller über Deutschland vor der Wahl. 1986, S. 59 f.



die parteiunabhängige initiative
für eine stärkung direkter demokratie

Nachtrag zum Nachdenken:

„In einer Demokratie ist es nicht so sehr Pflicht des Bürgers, mit der Obrigkeit zusammenzuarbeiten, als die Pflicht der Obrigkeit, mit dem Bürger zusammenzuarbeiten, was schon daraus hervorgeht, dass bei einem Mangel an Zusammenarbeit nicht der Bürger, sondern die Staatsgewalt zusammenbricht“.

Leopold Kohr aus Weniger Staat, 1965

die parteiunabhängige initiative für eine stärkung direkter demokratie

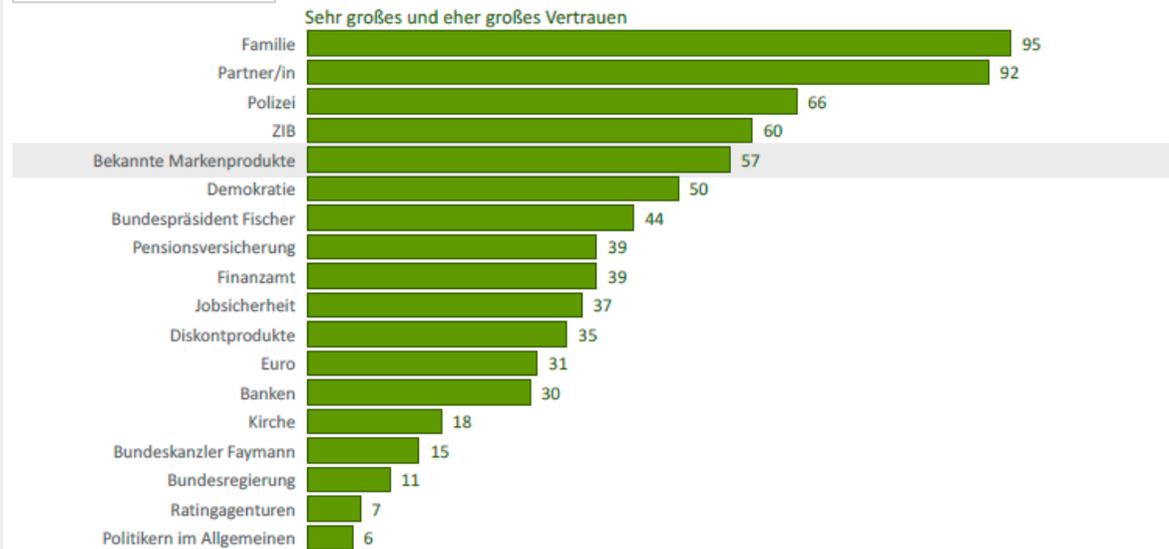
Nicht zuletzt:

Das Vertrauen in bekannte
Markenprodukte ist größer
als in die Demokratie und
den Bundespräsidenten!
Ist das nicht bedenklich?

Vertrauen in diverse Institutionen und alltägliche Dinge – Note 1+2

Österreicher vertrauen Markenartikeln mehr als der Demokratie und dem Bundespräsidenten

Die Österreicher haben dazu -



Frage: Sie sehen nun einige Begriffe aufgelistet, denen man im Alltag immer wieder begegnet. Bitte bewerten Sie Ihr Vertrauen diesbezüglich nach dem Schulnotensystem.

Dokumentation der Umfrage B517:

n= 1000 Online-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahre Befragungszeitraum: 16. bis 23. Jänner 2012

Maximale statistische Schwankungsbreite bei n= 1000: ± 3,16 Prozent